

JÜRGEN STILLIG

DAS PROBLEM ELSASS-LOTHRINGEN
UND DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE
IM JAHR 1917

In den ersten Monaten nach der Februarrevolution in Rußland bestimmten menschwistische Kräfte unter Ceretelis und Čcheidzes Führung die Politik im Petrograder Sovet. Hauptsächlich von ihnen ging im April 1917 die Initiative zur Anbahnung einer neuen Außenpolitik aus¹. Die Provisorische Regierung wurde am 27. März/9. April 1917 zu einer Proklamation an die Bürger („Graždane!“) über die Kriegsziele veranlaßt, mit der sie sich von der Außenpolitik der zarischen Regierung distanzierte: „S'en remettant à la volonté de la nation, en étroite union avec nos alliés, pour donner leur solution définitive à toutes les questions liées à la guerre mondiale et à l'achèvement de cette guerre, le Gouvernement provisoire considère comme étant de son droit et de son devoir de déclarer dès maintenant que le but de la Russie libre n'est point de dominer d'autres peuples, ni de leur ravir leur patrimoine national, ni de s'emparer par la violence des territoires d'autrui, mais de fonder une paix solide sur la base du droit qu'ont les peuples de disposer d'eux-mêmes.“² Die Hoffnungen und Illusionen, die sich in sozialistischen

¹ Vgl. D. Geyer, *Die russische Revolution, Historische Probleme und Perspektiven*, Stuttgart usw., 1968, S. 74 u. 83 f.; wichtig sind die Studien von R. A. Wade, *Irakli Tseretelli and Siberian Zimmerwaldism*, in: *Journal of Modern History* 39 (1967); ders., *The Triumph of Siberian Zimmerwaldism (March – May, 1917)*, in: *Canadian Slavic Studies* I (1967); ders., *Why October? The Search for Peace, February – October 1917*, Stanford, Cal., 1969, S. 51 ff.

² Die offizielle französische Übersetzung der russischen Proklamation befindet sich in den Archives Nationales in Paris im Fonds Albert Thomas (im folgenden AN, FAT): AN, FAT, 94 AP 179. Der im belgischen Außenministerium in Brüssel (im folgenden AAB) vorliegende Text enthält einige sprachliche Varianten: AAB, Classement B, No. 35, Russie; den russischen Originaltext siehe: VOSR, *Dokumenty i materialy, Revoluconnoe dviženie v Rossii posle sverženija samoderžavija*, Moskva 1957, S. 444; in englischer Übersetzung: R. P. Browder/A. F. Kerensky, *The Russian Provisional Government 1917, Documents II*, Stanford, Cal., 1961, S. 1045 f.; vgl. auch D. Geyer, a. a. O., S. 78. – Es ist bedauerlich, daß bei der geringen Zahl der publizierten russischen Quellen zur Revolutionsgeschichte in deutscher Übersetzung, sich in der Quellensammlung von M. Hellmann (*Die russische Revolution 1917, Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, dtv-Dokumente, 2. Auflage, München 1969*) schwerwiegende Datierungsfehler und unzuverlässige Quellenangaben befinden. Vgl. S. 193 bis S. 195: Miljukovs Interview wurde am 22. III./5. IV. 1917 gegeben und am folgenden Tag veröffentlicht (vgl. Browder/Kerensky, a. a. O., II, S. 1044 f.). Hellmann übernimmt ohne kritische Anmerkung den 27. März/9. April, das Erscheinungsdatum der Frankfurter Zeitung, aus der er zitiert, auch als angebliches Datum der Agenturmeldung in den Kopf seines Dokuments. Auf S. 210 Anm. 1 verweist Hellmann anstatt der im Text angesprochenen Friedensdeklaration vom 27. März/9. April, die nicht in seiner Quellensammlung abgedruckt ist, auf die falsch datierte Erklärung Miljukovs vor der Presse. Hierdurch entsteht ein falscher historischer Zusammenhang. Siehe ebenso (S. 138) Quellenangaben mit Druckfehlern: *Krasnyj Archiv* 22, 1927 (nicht 1924) und Bd. 22 (nicht 23), 1927.

Kreisen Westeuropas mit den revolutionären Vorgängen in Rußland verbanden, fanden Ausdruck in einem Brief Ramsay MacDonalds, einem führenden Mitglied der Independent Labour Party, an Émile Vandervelde. MacDonald sprach aus, was europäische Sozialisten von einer selbstbewußten russischen Politik der Revolutionäre erwarteten: „... their policy must be to lead and inspire the whole of Europe and not merely leave Europe in the lurch. It will be necessary for them, however, to let their present Allies understand quite clearly that Democracy in Russia is not to be a mere tool in the hands of the Governments, but that it is placing itself at the head of an international democratic movement which is to use this war for the establishment of its own power.“³

Welche divergierenden Tendenzen damit jedoch aufbrachen, zeigten bald die ersten Auseinandersetzungen, die um die Petrograder Friedensformel entbrannten. Bereits im Begriff „Selbstbestimmungsrecht“, erst von den Vereinigten Staaten von Amerika und nun von Rußland gleichermaßen anerkannt, lag ausreichender Zündstoff für Regierungen und Sozialisten vor; denn die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als Maß territorialer Friedensregelungen stellte nicht nur die „Positionen der historischen Machtpolitik in Frage“⁴, sondern implizierte nach Auffassung des französischen Gesandten in Stockholm, Thiébaud, auch die „reconnaissance du principe des nationalités“⁵. Die Kritik zielte – daran besteht kein Zweifel – auf das deutsch-französische Kernproblem Elsaß-Lothringen.

In der Kriegszieldiskussion des Jahres 1917 spielt die Elsaß-Lothringen-Frage im Bereich der Außen- wie Innenpolitik eine herausragende Rolle, da die russische Revolution die ideologischen Einflüsse verstärkte. Dadurch entwickelten sich auch neue politische Sehweisen. Dieses Problem betraf sowohl die Regierungen der kriegführenden Länder als das Verhältnis der staatlichen Behörden zu den

³ R. MacDonald an É. Vandervelde, Hampstead, 26. April 1917, Institut É. Vandervelde (Parti Socialiste Belge), Brüssel, EV/1090. Die französische Übersetzung siehe: AAB, Grande-Bretagne 1917, No. 12, Anlage zum Rapport No. 634: Hymans an Baron Beyens, London, 30. 4. 17. Abgedruckt (in russisch) bei: A. Šljapnikov, Semnadcatyj god, Kn. IV, Moskva-Leningrad, 1927, S. 30 f.; vgl. Krasnyj Archiv 15 (1926), S. 78 f.

⁴ R. Wittram, Studien zum Selbstverständnis des 1. und 2. Kabinetts der russischen Provisorischen Regierung, März bis Juli 1917, Abh. d. Akademie d. Wiss. Göttingen, Phil.-Hist. Kl., 3. Folge, Nr. 78, Göttingen 1971, S. 154.

⁵ Tel. o. No.: Thiébaud an französischen Botschafter, Paléologue, in Petrograd, Stockholm, 26. April 1917, AN, FAT, 94 AP 178; zum Nationalitätsprinzip vgl. G. Decker, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Göttingen 1955, passim; P. Kluge, Selbstbestimmung, Vom Weg einer Idee durch die Geschichte, Göttingen 1963, S. 51 ff. Siehe dazu die Untersuchung von H. E. Volkmann (Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne, Köln/Wien 1970), der einen guten Beitrag zur begrifflichen Problematik „Selbstbestimmungsrecht“ liefert: „Schließlich war dieser Begriff in seiner wertfreien Bedeutung, wie er heute Gültigkeit besitzt, ohne deshalb mehr Respektierung zu genießen, in der damaligen Zeit weder im internationalen Recht fixiert, noch im allgemeinen Denken als Richtschnur politischen Handelns verankert, geschweige denn eindeutig definiert.“ (S. 39) Die Möglichkeit realer Anwendung bezweifelt mit zeitkritischen Bemerkungen der Spartakusbrief Nr. 6 (Spartakusbriefe, Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 352 ff.).

oppositionellen Gruppen, die sich in Europa zu formieren begannen. Insbesondere die kurze Zeitspanne zwischen den beiden russischen Revolutionen vom Februar bis Oktober 1917, in der die Sondierungen für einen allgemeinen Verständigungsfrieden auf internationaler Ebene intensiv einsetzten, bildet den Hintergrund prinzipieller Gegenpositionen in der Elsaß-Lothringen-Diskussion.

Die Petrograder Friedensformel schloß von russischer Seite für eine internationale sozialistische Friedensordnung das Plebiszit in Elsaß-Lothringen nicht aus⁶. Das widersprach jedoch den nationalen Interessen Frankreichs, da eine Rückgliederung Elsaß-Lothringens nach Meinung der Regierung, der parlamentarischen Mehrheit sowie der sozialistischen „Majorité“ eine Restitution unter Ausschluß eines Plebiszits sein sollte⁷. Insofern war eine Präzisierung der Petrograder Friedensformel notwendig. Die französische Regierung wies darauf hin, daß die Restitution keine Annexion sei und daß sie keinen Gedanken der Eroberung und Unterdrückung einer fremden Bevölkerung hege.

Führende Kreise im Deutschen Reich lehnten es andererseits ab, Elsaß-Lothringen als Verhandlungsgegenstand bei Friedensgesprächen überhaupt in Erwägung zu ziehen. Ein paradigmatischer Beitrag aus den Reihen des diplomatischen Corps charakterisiert, welche Bedeutung man dem elsäß-lothringischen Problem beimmaß. Der deutsche Gesandte in den Niederlanden, F. Rosen, verfaßte eine Denkschrift für den Reichskanzler mit dem bezeichnenden Titel „Elsaß-Lothringen und die Friedensfrage“⁸. Darin hieß es unter anderem: „Für Deutschland gilt ebenso wie für Frankreich der Satz: Wer beim Friedensschluß Elsaß-Lothringen besitzt, hat den Krieg gewonnen, wer es nicht besitzt, ist geschlagen. Für die deutsche Politik im Frieden und im Kriege gibt es daher keine elsäß-lothringische Frage, Elsaß-Lothringen muß für uns ein noli me tangere bleiben. Der Besitz Elsaß-Lothrin-

⁶ Vgl. z. B. das vom französischen Chargé d'Affaires in Petrograd, Doucet, im Auftrag von Thomas an Renaudel abgeschickte Tel. Nr. 810 vom 31. Mai 1917, Archiv des französischen Außenministeriums, Paris, Série Guerre 1914–1918, 1204. Socialisme III, 1917.

⁷ Einen hinreichenden Überblick bieten die Aufsätze von P. Renouvin, *Les buts de guerre du gouvernement français (1914–1918)*, in: *Revue Historiques* CCXXXV (1966), ins Deutsche übersetzt: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 17 (1966), und ders., *Le gouvernement français et les tentatives de paix en 1917*, in: *La Revue des Deux Mondes* 20 (1964). – Die „Majorité“ unterstützte die Regierungspolitik, während die „Minorité“ sich im Verlauf des Krieges immer mehr von ihr distanzierte. Beide Begriffe sind dem zeitgenössischen Sprachgebrauch entnommen. Die von ihnen bezeichneten Parteilager waren letztlich weder numerisch festgelegt noch in ihrer Gruppenstruktur homogen. Situationsbedingte Einflüsse konnten Mehrheiten auf Kosten der „Majorité“ zustande bringen.

⁸ Anlage zum Bericht F. Rosens an das Außenministerium vom 14. Mai 1917, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (im folgenden AA), Wk Nr. 2, geh., Bd. 37; Abdruck der Anlage fehlt in der Aktenpublikation von A. Scherer/J. Grunewald, *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première Guerre Mondiale*, Publications de la faculté des Lettres et Sciences humaines de Paris-Sorbonne: Série „Textes et documents“ tome 14, II, 1966, S. 197 f. – Vgl. G. A. Lang, *Die Kontroverse um Kriegsursachen und Friedensmöglichkeiten 1914–1919 im Rahmen der „Neuen Zürcher Zeitung“*, Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung im geistigen Kampf des Ersten Weltkriegs, Phil. Diss. Zürich, 1968, S. 173 ff.

gens darf unter keinen Umständen auch nur das Thema von Verhandlungen oder auch nur von politischen Gesprächen bilden. Da wir in einer Welt politischer Formeln leben, so muß für uns die Formel lauten: ‚Anträge, welche dahin zielen, irgendwelche Teile des deutschen Gebiets in Europa dem Deutschen Reich zu entfremden, dürfen nicht zur Diskussion gestellt werden‘. Eine solche Formulierung müßte jedem Kongresse, auch jeder Vorbesprechung der Friedensziele vorangestellt werden.“ Die Denkschrift führt weiter aus: „Wenn Deutschland den Frieden schließt, ohne irgend etwas von seinem europäischen Besitzstande eingebüßt zu haben, so hat es den größten Krieg der Welt glänzend gewonnen, wie auch die übrigen Friedensbedingungen aussehen mögen.“

Man müsse daher auch allen „Einflüsterungen“ von neutraler Seite widerstehen, die in folgende Richtung zielen:

- „1) Eine Teilung Elsaß-Lothringens zwischen Deutschland und Frankreich.
- 2) Abtretung Elsaß-Lothringens ganz oder zum Teil gegen Kompensationen in Afrika (pour une belle colonie!).
- 3) Eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens als selbständiger Pufferstaat.
- 4) Eine Verfassungsänderung Elsaß-Lothringens unter dem Drucke des feindlichen Auslandes.“

Alle angeführten Kompromißvorschläge gingen darauf hinaus, „der französischen Eitelkeit auf Kosten des deutschen Nationalbewußtseins Rechnung zu tragen“. Indem der deutsche Gesandte auf Bestrebungen verwies, auf internationaler sozialistischer Ebene eine Übereinstimmung zu erreichen, schlug er vor, Delegierten, die zu derartigen Besprechungen reisten, besonders im Falle Elsaß-Lothringens, die Verpflichtung abzunehmen, „daß sie sich selbst rein akademisch auf keinerlei Erörterung dieses Gegenstandes einlassen können. Wenn sie diese Erörterung zu verhindern nicht imstande sind, müssen sie sofort die Sitzung verlassen und ihr solange fern bleiben, bis ihnen zugesichert wird, daß das unerwünschte Thema nicht zur Diskussion gestellt wird“. Das sei die Taktik, die man einschlagen müsse, um sozialistischen Bestrebungen entgegenzuwirken.

Im Frühjahr konsolidierten sich in Frankreich und im Deutschen Reich politische Gruppen – die französische und die deutsche Sozialdemokratie gliederten sich in mehrere Richtungen auf, wobei sich die SPD organisatorisch in MSPD und USPD spaltete –, die, wie z. B. die USPD, eine von der offiziellen Linie der Regierung abweichende Haltung einnahmen. Zentrale Bedeutung hatte natürlich die Frage bekommen, auf welche Weise „die russische Revolution als Triebkraft für einen sozialistischen Frieden“⁹ praktikabel werden konnte. Wollte man einen großen Zeitverlust vermeiden, dann konnte nur ein schnelles Zusammenwirken deutscher und französischer Sozialisten in der Elsaß-Lothringen-Frage bestehende

* Brief Troelstras an Wibaut und Vliegen vom 9. 6. 1917, Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam (im folgenden IISG), Nachlaß P. J. Troelstra 540. Diese Einsicht verschärfte im Frühjahr und Sommer 1917 die Kontroversen zwischen Sozialisten und Regierungen.

Hindernisse zu überwinden helfen und die Basis für ein gemeinsames Verhaltensmodell schaffen.

Die verschiedenen politischen Ansichten bekamen eine aktuelle Bedeutung, als Sozialisten neutraler Staaten seit Mitte April 1917 eine internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm planten¹⁰. Sie bildeten zu diesem Zweck das holländisch-skandinavische Komitee, dessen Aktivität von den Regierungen der kriegführenden Länder argwöhnisch beobachtet wurde. Die Komiteemitglieder, unter denen der Schwede Branting und der Niederländer Troelstra eine führende Stellung einnahmen, versuchten eine gemeinsame Grundlage für die späteren Gespräche der Delegationen zu erreichen und entwarfen daher einen Fragebogen, um die Meinung aller sozialistischen Parteien zu strittigen Fragen zu ermitteln¹¹. Zustimmung war da, in der Stockholmer Konferenzinitiative des holländisch-skandinavischen Komitees ein Modell von internationaler Verwendungsfähigkeit zu sehen. Am 6. Mai faßte die französische sozialistische „Minorité“ unter Longuets Führung den Beschluß, nach Stockholm zu gehen und das Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Petrograder Friedensformel auch für Elsaß-Lothringen einzuräumen¹². Diese Entscheidung basierte auf den folgenden Überlegungen:

- „1) The moment has come to talk about peace in the name of the vital interests of the peoples.
- 2) It is necessary to affirm and to restore the ‚Internationale‘, and the principal condition of a renewal of relations with the German Socialists fulfilled by the constitution of a new independent Socialist party (Haase – Ledebour – Bernstein) and by the proclamation of the Congress of Gotha.

¹⁰ Vgl. den Überblick bei H. Meynell, *The Stockholm Conference of 1917*, in: *International Review of Social History* V (1960); A. Blänsdorf, *Friedrich Ebert und die Internationale*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* IX (1969), S. 343 ff.; eine umfassende Darstellung über die Hintergründe der Stockholmer Konferenz, die auf Grund der vieldimensionalen Schwierigkeiten im System der europäischen Kriegspolitik zum Scheitern verurteilt war, wird vom Verfasser vorbereitet.

¹¹ Vgl. „Programme pour les discussions aux Conférences Préliminaires“, in: *Stockholm, Comité Organisateur de la Conférence Socialiste Internationale de Stockholm*, Stockholm 1918, S. XI f.; der Redakteur Baake (MSPD) teilte Bauer (G. H. Q.) mit, daß die MSPD mit der Resolution vom 19. April 1917, die einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen einschloß, „ihre Eintrittskarte für die Stockholmer Verhandlungen bezahlt“ hätten: *Notizen über eine Reise nach Berlin*, 28./29. April 1917, Bundesarchiv Koblenz (im folgenden BA), Nachlaß Bauer Nr. 11.

¹² Die „Commission Administrative permanente“ der Parti Socialiste unifié (PSU) hatte bereits am 27. April 1917 mit 13 gegen 11 Stimmen die Teilnahme an der Stockholmer Friedenskonferenz abgelehnt (*Pendant la Guerre, Le Parti Socialiste, la Guerre et la Paix, Toutes les résolutions et tous les documents du Parti Socialiste, de Juillet 1914 à 1917*, Paris 1918, S. 162 ff.). Dieses Abstimmungsergebnis und das Anwachsen der kriegsfeindlichen Kräfte innerhalb der Partei ließen die Schlußfolgerung zu, daß der Nationalkongreß der PSU – wie Longuet behauptete – sich am 27. 5./28. 5. 1917 für die Teilnahme entscheiden würde (Tel. 1652: Roques an Thomas, Paris, 30. 4. 17, AN, FAT, 94 AP 180).

- 3) It is urgent to proceed to the examination of the Socialist thesis affirming the right of peoples to dispose of themselves. The French delegation will raise the question of Alsace-Lorraine, and put forward the project for a plébiscite of those who are Alsace – Lorrainers by origin as to their future destiny.“¹³

Angesichts der Fragebogenaktion des holländisch-skandinavischen Komitees konnten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien im Deutschen Reich einer eindeutigen Stellungnahme nicht entziehen, die damit auch Rückwirkungen auf die innenpolitische Situation zur Folge hatte.

Die bisherigen wissenschaftlichen Studien zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg behandeln die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die schließlich zur Parteispaltung und zur Gründung einer neuen legalen Partei am 8. April 1917, der USPD, führten¹⁴, über die Trennung hinaus zu sehr unter dem Aspekt bloß „taktischer Differenzen“, wobei „prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“ verneint werden¹⁵. Ungeachtet der Spaltung wird dadurch den beiden Parteien ein Fundamentalkonsens ihrer Politik unterstellt¹⁶.

Analysiert man jedoch die Stellungnahmen, die beide Parteien auf die Petrograder Friedensinitiative hin zur Verwirklichung eines allgemeinen Friedens abgaben, dann lassen sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gerade in der Elsaß-Lothringen-Frage feststellen¹⁷.

¹³ Vertraulicher Bericht des englischen Botschafters in Paris, Lord Bertie, an Balfour vom 7. 5. 1917, Public Record Office (im folgenden PRO), London, F.O. 899, Bd. 12; vgl. Geheimbericht No. 261: Lord Bertie an Balfour vom 1. 6. 17, PRO, F.O. 371, Bd. 2938; Bericht eines Vertrauensmannes, weitergeleitet von Erzberger an Zimmermann, Rotterdam am 12. 5. 17, AA, Wk Nr. 2, geh., Bd. 36. – Eine weitere Richtung innerhalb der französischen „Minorité“ unter Führung von Loriot und Faure trat auch in der Elsaß-Lothringen-Frage für den „status quo ante bellum“ ein.

¹⁴ Ein Kausalnexuss zwischen Februarrevolution und Gründung der USPD besteht nicht, wie irrtümlich in der Forschung behauptet wird. Näheres siehe bei J. Stillig, Die Mission Albert Thomas' in Rußland vom 22. April bis 13. Juni 1917, Der Fonds Albert Thomas in den Archives Nationales, in: Internat. Wiss. Korrespondenz z. Gesch. d. deutschen Arbeiterbewegung 13 (1971), S. 56 Anm. 1.

¹⁵ Vgl. E. Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945, Tübingen 1954, S. 1; ders., Die Rückwirkung der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, in: Deutschland und die Russische Revolution, Hrsg. H. Neubauer, Stuttgart 1968, S. 74; W. Tormin, Die deutschen Parteien und die Bolschewiki im Weltkrieg, ebenda, S. 63; K.-D. Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971, S. 207.

¹⁶ In seiner Dissertation hebt z. B. G. Schwieger (Zwischen Obstruktion und Kooperation – Eduard David und die SPD im Kriege, Phil.-Diss. Kiel, 1970) hervor: „Grundsätzlich zeichnet sich die prinzipielle Grundlage der Politik der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg in ihrer gesamten Kriegszieldiskussion durch eine Kontinuität und Stabilität aus, . . .“ (S. 198). Vgl. dazu S. 224. – Zum Erscheinungsbild und zur Parteistruktur der USPD auf Reichsebene liegen immer noch keine fundierten Analysen vor. Funktion wie Stellenwert dieser Partei im Verhältnis zur MSPD müßten ebenfalls Gegenstand einer sorgfältigen Untersuchung sein.

¹⁷ P. Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920, Berlin 1967, behauptet, daß die russische Februarrevolution „die beiden sozialdemokratischen Par-

In der Denkschrift der MSPD lag das Gewicht auf dem Verzicht auf „Annexionen und Kontributionen“¹⁸. Da an dem Grundsatz der territorialen Integrität des Deutschen Reiches festgehalten wurde, erwies sich das Stockholmer Memorandum der MSPD mit der Forderung des Selbstbestimmungsrechts nur als bedingt vereinbar. Hinsichtlich Elsaß-Lothringens entsprach die Interpretation des Selbstbestimmungsrechts tendenziell den Vorstellungen der Reichsleitung¹⁹. Die Reichszugehörigkeit wurde aus sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten hergeleitet. Die entscheidende Frage, wie zwischen dem Nationalitätsprinzip und dem von Frankreich beanspruchten Recht ein Ausgleich zu erreichen war, blieb unbeantwortet. Wohl forderte die MSPD für Elsaß-Lothringen die Gewährung voller Gleichberechtigung in der Stellung eines selbständigen deutschen Bundesstaates, was den wiederholten Kundgebungen der aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsäß-lothringischen Volksvertretung entspräche. Mit dieser Regelung hätten sich vor dem Krieg auch die französischen Sozialisten einverstanden erklärt. Um eine Verständigung mit den französischen Parteigenossen nicht von vornherein zu verhindern, schließe ein allgemeiner Frieden ohne Annexionen und Kontributionen die Bereitschaft zu „freundschaftlichen Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus“.

teien in Deutschland trotz ihrer gerade erfolgten Trennung durch die gemeinsame Formel ‚Friede ohne Annexionen und Kontributionen‘ wieder näher aneinandergerückt‘ habe (S. 99). Dagegen urteilt G. Schwieger (a. a. O.), daß die Sozialdemokraten sich bereits bei Kriegsbeginn auf diese Formel festgelegt hätten und folgert dann: „Es hat zwar äußerlich den Anschein, als habe sich die deutsche Sozialdemokratie erst nach der russischen ‚Plattform‘ auf diese Formel fixiert, doch muß an Hand der offiziellen Verlautbarungen der Partei diese Behauptung als unrichtig angesehen werden“ (S. 198). Beide Verfasser gehen von einer inhaltlich gekürzten Friedensformel aus, indem sie das „Selbstbestimmungsrecht“ als wesentliches konstitutives Element aussparen. Schwiegers Bewertung der Petrograder Friedensformel ist entgegenzuhalten, daß er ihre historische Bedeutsamkeit übersieht, wenn er die Wirkungskomplexe der revolutionären Politik im Jahre 1917, die Verflochtenheit nationaler Kriegszielpolitik mit sozialistischen Ansprüchen eines internationalen Verständigungsfriedens, in ihrer tiefgehenden Resonanz nicht berücksichtigt.

¹⁸ Die Denkschrift vom 12. Juni 1917 ist abgedruckt im „Vorwärts“ Nr. 162, 34. Jg., vom 16. Juni 1917; vgl. auch „Die deutsche Sozialdemokratie und der Frieden, Erklärung der Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm“, Berlin 1917.

¹⁹ F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 4. Auflage, Düsseldorf 1971, S. 509 ff.; Schwieger (a. a. O.) charakterisiert Fischers Interpretation als eine „nicht vorurteilsfreie Betrachtung“ (S. 229), und er versucht die Eigenständigkeit der MSPD – Politik gegenüber der Reichsregierung zu beweisen. Schwieger bleibt jedoch nicht sachlich: Fischers These, die Aussagen der MSPD zur „Wiederherstellung“ Belgiens und Serbiens ließen „alle Möglichkeiten der Anlehnung“ (F. Fischer, S. 510) offen, bezeichnet Schwieger als ein „Meisterstück demagogischer historischer Interpretation“ (S. 226). Tatsächlich ist aber Schwiegers Beweisführung, Belgien dürfe weder ein „Vasallenstaat“ Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden, nicht im Sinne einer widerspruchsfreien Argumentation oder hinreichenden Definition aufzufassen.

In den Diskussionen der MSPD-Delegationen mit dem holländisch-skandinavischen Komitee in Stockholm prallten die gegensätzlichen Meinungen hart aufeinander. David erklärte zum Elsaß-Lothringen-Problem: „Man macht einen Eingriff in die deutsche Souveränität und verlangt, daß eine Frage, die international ist, international sein soll.“²⁰ Die MSPD lehne jede Annexion ab, aber sie wolle auch keine gegen das Deutsche Reich. Troelstra erwiderte darauf, daß es hier nicht darum ginge, Frieden zwischen den Regierungen zu schaffen, sondern zwischen den Parteien. Die MSPD müsse sich fragen, ob sie mit anderen Parteien übereinkommen gedächte. „Also: Meinen Sie, daß die Elsaß-Lothringische Frage derartig ist, daß wegen dieser Frage eine Vereinbarung unmöglich gemacht ist?“²¹ Darauf wurde von seiten der MSPD nicht eingegangen. Scheidemann lehnte es in seinem Beitrag nachdrücklich ab, in Elsaß-Lothringen eine eigene Nationalität zu sehen. Es sei vielmehr deutsches Land, „ein Teil der deutschen Nation. Dann müßte sich die ganze deutsche Nation aussprechen.“²²

Das Memorandum der USPD hingegen²³ machte sich den russischen Standpunkt zu eigen²⁴. Unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundsätzen sei die Auffas-

²⁰ Protokoll der Verhandlungen zwischen der MSPD-Delegation und dem holländisch-skandinavischen Komitee in Stockholm am 11. Juni 1917, Vorsitzender Troelstra, IISG, Nachlaß P. J. Troelstra 427.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Das USPD-Memorandum ist 1917 nur einmal von H. Haase im Reichstag verlesen worden. Im Reichsgebiet durfte es nicht veröffentlicht werden, da die Zensur keine Freigabe erteilte. Zitiert wird nach Haases Reichstagsrede vom 19. Juli 1917, in: Stenograph. Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 310, S. 3590 ff. Abgedruckt ist es noch bei E. Prager, Geschichte der USPD, Entstehung und Entwicklung, Berlin 1921, S. 157 ff., und H. Haase, Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik, Berlin 1919, S. 97 ff.

²⁴ Die Forschungsergebnisse sind in dieser Beziehung nicht einheitlich. Einige Untersuchungen gehen davon aus, daß starke Kräfte in der USPD Wilsons Friedensvorstellungen übernahmen. E. Fraenkel, Das deutsche Wilsonbild, in: Jahrbuch für Amerikastudien 5 (1960), führt für den rechten Flügel der USPD den Begriff „sozialistische Wilsonianer“ (S. 77) ein. Außerdem unterstellt er, daß der Spartakusbrief Nr. 4 vom April 1917 eine leidenschaftliche Polemik gegen den Haase-Ledebour-Kautsky-Flügel der USPD gewesen sei, „dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er sich das Wilsonsche Friedensprogramm zu eigen gemacht habe“ (S. 75). Der Spartakusbrief (Spartakusbriefe a. a. O., S. 295 ff.) wandte sich aber gegen den Verständigungsfrieden „bürgerlicher Geheimdiplomatie“, wie ihn das Friedensmanifest der Opposition am 8. Januar 1917 in Anlehnung an die Wilsonaktion vom 18. 12. 1916 in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht hatte (S. 306, Anm. 1). Mit Recht betont K. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971, daß nach der amerikanischen Kriegserklärung eine amerikafreundliche Politik kein gutes Echo in der deutschen Öffentlichkeit gefunden hätte (S. 40). Schwabe meint jedoch, in der USPD des Jahres 1917 eine von Ledebour und Kautsky vertretene Strömung zu erkennen, die sich in ihrem „Friedensprogramm an Wilsonsche Ideen anlehnte“ (S. 41). Er übersieht aber, daß eigenständige sozialistische Forderungen nach Selbstbestimmung, Schiedsgericht, Abrüstung etc., die schon auf Vorkriegskongressen (z. B. Kopenhagen 1910) erhoben worden waren, von C. E. Schorske (German Social Democracy 1905–1917, The Development of the

sung der MSPD, „die, aus militaristischem Denken und nationalistischer Machtpolitik entsprungen, die Stellung zu einem Problem von der jeweiligen Kriegslage abhängig macht und deshalb in den verschiedenen Stadien des Krieges zu einer verschiedenen Beurteilung einer und derselben Frage gelangt“²⁵. In der elsäß-lothringischen Frage könne der Krieg keine Lösung bringen, und es sei daher notwendig, der elsäß-lothringischen Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, „sich in direkter, unbeeinflusster Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit selbst zu äußern“²⁶. Wie auch das Abstimmungsergebnis ausfalle, „ein schwerer Alp wäre von ganz Europa, nicht zum mindesten von Deutschland selbst, gewälzt. Das deutsche Volk würde ökonomisch, politisch und moralisch dabei mehr gewinnen, als es verlieren könnte.“²⁷ Allgemein hob das USPD-Memorandum das demokratische Recht der Selbstbestimmung als innen- und außenpolitisches Postulat und als Gewähr für den internationalen Frieden hervor²⁸. Dagegen blieb das problematische Thema „Grenzberichtigungen“ und „Annexionen“ für die „strenger doktrinäre USPD Anathema“²⁹.

Von Anfang an bestanden von Regierungsseite und beim Großen Hauptquartier starke Bedenken, USPD-Mitgliedern die Teilnahme an der geplanten Friedenskonferenz in Stockholm zu gestatten³⁰. Troelstra setzte sich frühzeitig für eine

Great Schism, Cambridge, Mass., 1955, S. 315), auf den sich Schwabe beruft (S. 41, Anm. 120), nun einfach mit dem Namen „Wilson“ verknüpft werden. Während des Krieges war z. B. Ledebour auf der Zimmerwald-Konferenz vom 5. 9. bis 8. 9. 1915 für das Selbstbestimmungsrecht und gegen Annexionen eingetreten; vgl. H. Lademacher, Die Zimmerwalder Bewegung, Protokolle und Korrespondenz, Bd. 1, Paris 1967, S. 158 f. Berücksichtigt man außerdem die Organisationsstruktur der USPD und die heterogenen politischen Positionen der USPD-Mitglieder, so kann man keinesfalls die USPD als „eigentliche deutsche Wilsonpartei“ ansehen. Diese Kennzeichnung weckt Assoziationen, die irreführend sind. Schwabe stimmt Fraenkels These (S. 77) zu unter dem Vorbehalt, daß sie für den Zeitpunkt, als Haase die kapitalistischen Regierungen für unfähig hielt, den Krieg zu beenden und „in dieser Ansicht den Spartakisten näherstand“ (S. 41 Anm. 120), noch nicht ganz zutrefte.

²⁵ Stenographische Berichte, Bd. 310, S. 3591.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Vgl. H. D. Soell, Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Reichsland Elsaß-Lothringen, 1917–1918, Ein Beitrag zur Geschichte eines europäischen Grenzlandes, Phil. Diss. Heidelberg, 1963, S. 210; im Interesse der Demokratie in Deutschland hofften z. B. Bernstein, Kautsky und Haase sogar auf einen Sieg der Alliierten. Dies sollen sie in privaten Unterhaltungen in Stockholm geäußert haben. Vgl. „Rapport sur la mission accomplie en Russie, de mai à juillet 1917, par Monsieur le Ministre Vandervelde, M. Louis de Brouckère, et le Lieutenant Henri de Man“, AAB, Classement B, Nr. 35, Russie, Politique générale; dazu siehe das „Special Memorandum on the German Minority or Independent Socialists“ des „Intelligence Bureaus“ vom 22. 8. 1917, PRO, Cab. 24, Bd. 24, Secret, G.T. 1815.

²⁹ H. Herzfeld, Der Erste Weltkrieg (dtv – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 1), München 1968, S. 286.

³⁰ Tel. Nr. 771: Zimmermann an Lersner, 28. 4. 1917 und Antworttel. Nr. 627: Lersner an AA, G. H. Q., 29. 4. 1917, AA, Wk Nr. 2, geh., Bd. 34; vgl. Tel. Nr. 643: Grünau an AA, G. H. Q., 1. 5. 1917, AA, Wk Nr. 2, geh., Bd. 34. Hier Marginalnote Bethmann Hollwegs: „Der Ansicht [Ludendorffs, der Verf.], daß die Zeit für Sozialdemokratische Kongresse

Teilnahme der USPD ein und wies auf die Folgen einer Behinderung hin. Er schloß einen Brief an den Reichskanzler mit der Bemerkung: „Ich nehme an, daß unsere Konferenz, bei aller Verschiedenheit der Auffassungen und Ziele, der deutschen Regierung insofern nicht unsympathisch ist, als sie mit den Friedensbestrebungen der Zentralmächte parallel läuft – dies ist m. E. im jetzigen Momente so über alles wichtig, daß der Wille der Regierung maßgebend sein muß.“³¹

Wenn sich auch Ludendorff gegen die Entsendung Ledebours aussprach, da man ihm nicht trauen könne, so hatte er persönlich nichts gegen die Konferenzteilnahme der MSPD-Mitglieder David und Südekum einzuwenden³². Schließlich erwog man im Auswärtigen Amt, daß die USPD-Delegationsmitglieder, die die Pässe erhalten hatten, vor Antritt ihrer Reise „im patriotischen Sinne beeinflusst werden oder daß wenigstens der Versuch einer solchen Beeinflussung gemacht wird“³³. In der Annexionsfrage müßte ihnen klar gemacht werden, „daß sie nicht russischer sein sollen als der Arbeiter- und Soldatenrat“. Aber „verpflichte sie ihre Doktrin für Volksabstimmung im Elsaß zu stimmen“, so sollten sie mit doppelter Intensität Volksabstimmungen in Irland, Ägypten, Indien, Persien, Mesopotamien und Transvaal verlangen³⁴. Dadurch sollte das Argument eines Plebiszits im Reichsland entscheidend an Gewicht einbüßen und auch die einseitige Stoßwirkung aufgefangen werden sowie das gesamte Problem der Volksabstimmungen als unangenehmes Druckmittel auf die englisch-französische Allianz zurückwirken³⁵. Gefährdet schien im Auswärtigen Amt dieses Vorhaben besonders durch Ledebour, und der Unterstaatssekretär von Stumm sollte ihn daher im entsprechenden Sinn „bearbeiten“³⁶. Der Gedanke einer gezielten Beeinflussung wurde jedoch verworfen. Stattdessen versuchte man bei Südekum vorzufühlen, von dem man eine Hilfestellung erwartete. Südekum vermochte nicht zu helfen, da zwischen

nicht gekommen ist und daß keine Partei offiziell als Friedensvermittlerin auftreten sollte, wird man nur heipflichten können“. Es bestehe kein Grund, sich vor einer „verstärkten Infection unserer Sozialdemokratie mit internationalen Giftstoffen schützen“ zu müssen. „Dahin aber wird es nach meiner Überzeugung nicht kommen, solange die militärische Lage für uns günstig ist ... Der Internationalismus ist, praktisch betrachtet, in viel höherem Maße eine Nervenfrage als unsere Sozialdemokraten selber ahnen.“

³¹ Troelstra an Bethmann Hollweg, Berlin, 22. April 1917, AA, Wk Nr. 2, geh., Bd. 34.

³² Tel. Nr. 627: Lersner an AA, G. H. Q., 29. 4. 1917, AA, Wk Nr. 2, geh., Bd. 34.

³³ Vom Vortragenden Legationsrat der Nachrichtenabteilung im AA, Trautmann, liegt ein handschriftliches Konzept vom 15. 6. 1917 vor, AA, Wk Nr. 2c, Bd. 2.

³⁴ Das MSPD-Memorandum forderte auch das Selbstbestimmungsrecht für „Irland, Aegypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea und andere Länder ehemaligen eigenen staatlichen Lebens“.

³⁵ Die inhaltliche Übereinstimmung zwischen der Forderung des Auswärtigen Amtes und dem Text des MSPD-Memorandums bestätigt Schwiegers (a. a. O.) Argument, daß die Ausweitung des Selbstbestimmungsrechtes gewählt wurde, „um vor allem gegen die Forderung nach der Losreißung Elsaß-Lothringens ... zu polemisieren“ (S. 227), jedoch widerspricht es nicht Fischers These, daß sich die MSPD „im Rahmen der Regierungspolitik“ (a. a. O., S. 511) hielt.

³⁶ Trautmanns handschriftliches Konzept vom 15. 6. 1917, AA, Wk Nr. 2c, Bd. 2.

ihm und den USPD-Mitgliedern alle Brücken abgebrochen wären. Man einigte sich darauf, die USPD-Delegation täglich in Stockholm über Brantings Tätigkeit zu informieren, dessen Wirken die deutsche Regierung gegen ihre Interessen gerichtet empfand³⁷. Schon vorher hatte der deutsche Gesandte in Stockholm, Lucius von Stodten, über Mittelsleute auf Branting einzuwirken versucht, weder die Elsaß-Lothringen-Frage noch die Kriegsschuldfrage auf der sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm zu diskutieren. Lucius kündigte an, die Konferenz sei dann zum Scheitern verurteilt und Branting würde „um seine Rolle kommen“³⁸.

Aber schon in den Stockholmer Vorverhandlungen trat eine Verschärfung der Gegensätze auf. Sie bewiesen, daß der internationale Sozialismus keine alle verbindende Klammer darstellte und als einigende Kraft keine verbindliche Grundlage schaffen konnte. Die russischen Bemühungen, eine sozialistische Friedenskonferenz auf neutralem Boden voranzutreiben³⁹, verloren an Glaubwürdigkeit, als in der Juli-Offensive die Provisorische Regierung alle militärischen Energien zusammenfaßte. Am 2. Juli kommentierte Bethmann Hollweg dieses Ereignis: „Russ. Offensive bedeutet, daß heutige Regierung nicht stark genug ist, um Frieden herbeizuführen auf Grundlage russischer Formel“⁴⁰.

Wesentlicher als das Scheitern der Offensive war in der Folge die bedrückende innenpolitische Situation, die besonders von den Bolschewiki mit ihrer Propaganda nach Frieden, sozialer Umwälzung und nationaler Selbstbestimmung ausgenutzt wurde⁴¹. Die Stockholmer Friedenskonferenz trat immer mehr in den Hintergrund. Schließlich maß die Provisorische Regierung der Konferenz keine weitere Bedeutung zu⁴².

Die Paßverweigerung der alliierten Regierungen war ein ausreichendes Mittel gewesen, die Annäherung auf internationaler Ebene zwischen französischen und deutschen Sozialisten zu verhindern⁴³. Die Abwesenheit französischer Sozialisten,

³⁷ Trautmann an Stieve in Stockholm, Berlin, 17. Juni 1917, AA, Wk Nr. 2c, Bd. 2.

³⁸ Tel. Nr. 937: Lucius an AA, Stockholm, 2. 6. 1917, AA, Wk Nr. 2c, Bd. 1.

³⁹ Vgl. „Aufruf des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten an die Sozialisten aller Länder“ vom 2./15. Mai 1917, in: Hellmann, a. a. O., S. 207 f.

⁴⁰ Stresemanns handschriftliche Notizen über die Parteiführerbesprechung vom 2. Juli 1917, AA, Nachlaß Stresemann, Bd. 172.

⁴¹ Die innenpolitische Entwicklung zwang z. B. die Provisorische Regierung, „eine Delegation unter der Führung Kerenskys nach Kiew zu senden und das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes grundsätzlich anzuerkennen“. Siehe P. Borowsky, Deutsche Ukrainepolitik 1918, Lübeck/Hamburg 1970, S. 43; R. Wittram, a. a. O., S. 82.

⁴² Vgl. den Situationsbericht Nr. 2399/158 der belgischen Gesandtschaft in Petrograd vom 6./19. August 1917 an den Außenminister Baron de Broqueville in Le Havre, AAB, Classement B, Nr. 35, Russie, Politique générale; G. A. Ritter, Großbritannien und die Provisorische Regierung, in: Die Russischen Revolutionen von 1917, Eine Vorlesungsreihe, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung der Universität Münster, Wiesbaden 1969, S. 84 ff.; R. Wittram, a. a. O., S. 151, Anm. 55; zu berücksichtigen sind auch die Tagebuchaufzeichnungen C. P. Scotts, Herausgeber vom Manchester Guardian, die jetzt gedruckt vorliegen: T. Wilson (Ed.), The Political Diaries of C. P. Scott 1911–1928, London 1970, S. 297, S. 299, S. 301 f.

⁴³ Inzwischen hatte sich die PSU entschlossen, an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen.

insbesondere aus dem Lager der „Minorité“, machte die in Stockholmer Sozialistenkreisen früh gehegte Erwartung, daß deutscherseits die USPD eine „Brücke“ zwischen den sozialistischen Parteien, die der Krieg entzweit hatte, bilden könnte, gegenstandslos⁴⁴. Troelstra aber sah weniger in der Paßverweigerung ein entscheidendes Hindernis für die Friedenskonferenz, sondern führte alle Schwierigkeiten auf zwei sozialistische Gegenpositionen zurück: auf die Zimmerwald-Bewegung⁴⁵, die eine Zusammenarbeit der Sozialisten vereiteln solle, und auf die Intrigen der „sozialistische(n) agenten“ der Ententeregierungen, verkörpert in der „driemanschap Thomas – Vandervelde – Henderson“, die sich zum Ziel gesetzt hätte, Rußland nach den Vorstellungen ihrer Regierungen für die Elsaß-Lothringen-Frage zu gewinnen. Der Widerstand der russischen Regierung verhindere eine Konferenz, sei sie vom Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat oder vom holländisch-skandinavischen Komitee einberufen⁴⁶. Als Troelstra nach dem Scheitern der Konferenz im September nach Holland zurückkehrte, um zunächst die weitere internationale Entwicklung abzuwarten, hatte sich für die Sozialisten keine Änderung ergeben. Troelstras Ansicht nach war Elsaß-Lothringen die einzige Frage, über die sich kein Einverständnis erreichen ließ⁴⁷.

In der deutschen Innenpolitik rückte die Elsaß-Lothringen-Frage im Laufe des Jahres 1917 ebenfalls zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Die strenge Zensur verbot nur eine öffentliche Erörterung. Im Reichstag wurde der Status des Reichslandes bereits im Frühjahr 1917 kurz angesprochen, wie eine Rede Ledebours vom 15. Mai 1917 beweist, als er auf Gerüchte verwies, nach denen Elsaß-Lothringen zwischen Bayern und Preußen aufgeteilt werden solle. Ledebour lehnte dieses „Attentat“ auf Elsaß-Lothringen

Vgl. „Resolution votée à l'unanimité par le Conseil National“, vom 29. 5. 1917, in: *Pendant la Guerre*, a. a. O., S. 167 ff.

⁴⁴ Bericht Nr. 720/190 der holländischen Gesandtschaft in Stockholm vom 12. Mai 1917, Archiv des holländischen Außenministeriums, Den Haag, Oorlog 3, VI, 102.

⁴⁵ Speziell zur Zimmerwalder Bewegung, die hier nicht erörtert werden kann, vgl. A. Reisinger, *Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin-Ost, 1970, S. 233 ff.; H. Lademacher, a. a. O., S. 456 ff.; A. Balabanoff, *Die Zimmerwalder Bewegung, 1914–1919* (Archiv sozialistischer Literatur 16), Frankfurt 1969, S. 89 ff. (Neudruck des 1928 im „Archiv für die Geschichte des Sozialismus“ erschienenen Beitrags).

⁴⁶ Troelstra an Wibaut und Vliegen, Stockholm am 9. Juni 1917, IISG, Nachlaß P. J. Troelstra 540; in der sowjetischen Literatur Forschung vgl. Ju. I. Vorobcova, *Dejatel'nost' predavitel'stva CK RSDRP (b) v Stokgol'me (Aprel' – Nojabr' 1917g)*, Moskva 1968, S. 82 ff., insb. S. 88.

⁴⁷ Bericht Nr. 1482/338 der holländischen Gesandtschaft in Stockholm vom 15. September 1917, Archiv des holländischen Außenministeriums, Den Haag, C I; vgl. den Bericht eines Stockholmer Gewährsmannes an Stresemann vom 17. September 1917. In dem Bericht wird eine Unterredung mit Troelstra wiedergegeben, in der er sich optimistisch über die weiteren Aussichten der Friedenskonferenz äußert: „Wir holländische Abgeordnete gehen jetzt nach Holland zurück, um auf den Augenblick zu warten, wo man in England und Frankreich die Pässe für Stockholm bewilligt und es wird nicht lange dauern, dann kehren wir nach hier zurück“, AA, Nachlaß Stresemann, Bd. 175.

ab und forderte stattdessen, in Deutschland die Republik zu errichten⁴⁸. Auch die von der MSPD unterstützte Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 stieß bei der USPD – ebenso bei Nationalliberalen und Konservativen – auf Ablehnung⁴⁹. Für die USPD begründete Haase im einzelnen die Ablehnung der Friedensresolution, indem er betonte, daß in der Resolution vor allem „der Satz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf das gerade der Arbeiter- und Soldatenrat den allergrößten Wert lege“ fehle, und verurteilte besonders die unklare und mehrdeutige Formulierung über die „erzwungenen Gebietserwerbungen“⁵⁰. Immerhin hatte aber die Friedensresolution der MSPD die Zustimmung für die Kriegskredite, die von der USPD abgelehnt wurden, erleichtert und scheinbar ihr gespanntes Verhältnis zur Arbeiterschaft, bei der sich der wachsende Druck der USPD ausprägte, etwas entschärft. Die wachsenden innenpolitischen Auseinandersetzungen im Spätsommer 1917 führten dazu, daß aufmerksamer auf die Einhaltung des Burgfriedens geachtet wurde⁵¹. Einige Parteien, die Nationalliberalen, das Zentrum, die Fortschrittliche Volkspartei und die MSPD, vereinbarten im Herbst ein Programm, das sowohl den Burgfrieden wiederherstellen, als auch die „Einengung der Regierung auf die Entschließung des 19. Juli“⁵² aufheben sollte. Damit hatte die Friedensresolution ein schnelles Ende gefunden.

Die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung behandelten das Elsaß-Lothringen-Problem am 9. August 1917, als der Reichskanzler mit Hindenburg und Ludendorff auf der zweiten innerdeutschen Kreuznacher Konferenz zusammentraf. Sie kamen zu dem Schluß, daß eine Teilung des Reichslandes zwischen Bayern und Preußen militärisch ungünstig sei. Wesentlich sei, die militärische Oberhoheit des preußischen Königs nicht einzuschränken, und die Angliederung an Preußen sei die beste Lösung⁵³. Konnten aber der militärische Lösungsvorschlag oder der von der MSPD bekräftigte Gedanke einer innenpolitischen Korrektur der staatsrechtlichen Stellung Elsaß-Lothringens als vorbeugende Maßnahme ausreichen, um französischen Ansprüchen zuvorzukommen⁵⁴? Auf der Sitzung des „Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei“ referierte Prof. van Calker ausführlich über Elsaß-Lothringen und sprach die für weite Kreise des Reiches entscheidende Frage aus: „Wie konstruieren wir die staatsrechtlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen so, dass dadurch die möglichst grosse Sicherheit für eine deutsche

⁴⁸ Stenogr. Berichte, Bd. 310, S. 3407.

⁴⁹ Ausführlich F. Fischer, a. a. O., S. 525 ff.; vgl. K.-D. Schwarz, a. a. O., S. 231.

⁵⁰ Stenogr. Berichte, Bd. 310, S. 3588.

⁵¹ Zur Unruhe in der Flotte vgl. W. Deist, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 1/II), Düsseldorf 1970, S. 995–1048; vgl. auch Stenogr. Berichte B. 311, S. 3909.

⁵² Vgl. Beilage „Der Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Michaelis“ zum Rundschreiben an die Fraktionsmitglieder der Nationalliberalen Partei vom 11. 11. 1917, AA, Nachlaß Stresemann, Bd. 177.

⁵³ Vgl. F. Fischer, a. a. O., S. 535.

⁵⁴ Vgl. Erzbergers Niederschrift über die Unterredung mit Oberstleutnant Bauer am 10. Juni 1917, AA, Wk Nr. 2, geh., Bd. 45; Stenograph. Berichte Bd. 310 S. 3815.

Zukunft Elsaß-Lothringens gegeben ist?“⁵⁵ Eingehend erläuterte er die in den letzten Monaten diskutierten Lösungsmöglichkeiten: Einverleibung in Preußen, Aufteilung zwischen Bayern und Preußen und die Gestaltung als autonomer Einzelstaat. Seine Argumentation wirft ein bezeichnendes Licht auf die schwierige Situation: da eine Diskussion über eine Änderung des Reichslandstatus im internationalen Rahmen abgelehnt wurde, blieben dem Reich keine Handlungsalternativen. „Über die Frage Elsaß-Lothringen entscheiden wir allein diktatorisch, möchte ich sagen, dann, wenn sie nicht am Friedentisch als Frage aufgeworfen wird, und das ist nun wohl heute das schwierigste Problem bei der ganzen Sache.“⁵⁶ Wie sollte man sich aber bei einem Verständigungsfrieden verhalten? Van Calkers Antwort verdeutlicht die politisch unbewegliche Position, in der sich Denkvorstellungen ausprägten, die in der Diskussion des Jahres 1917 über Elsaß-Lothringen immer wiederholt wurden: „Wir sitzen am Friedentisch, aber in dem Moment, wo wir ablehnen, über Elsaß-Lothringen zu sprechen, müssen wir wieder aufstehen.“⁵⁷ Im Hinblick auf einen künftigen Friedenskongreß überwogen jedoch die Zweifel, ob ohne Modifizierung dieser Einstellung eine Verständigung zu erreichen sei. Zurückhaltend deutete er die Möglichkeit an, am „Friedentisch“ sitzen zu bleiben, wenn man in der Frage des Reichslandes von einem „autonomen Staateengebilde innerhalb des Deutschen Reiches“ spräche⁵⁸. Er überlegte sogar, ob es sich empfehle, den autonomen Bundesstaat Elsaß-Lothringen „von Frankreich oder von der Entente Gnaden“⁵⁹ zu erlangen oder ob es nicht besser sei, vorher innenpolitisch eine Änderung der bisherigen Stellung vorzunehmen. Diese Fragen erledigten sich, als nach der Oktoberrevolution in Rußland und dem Sonderfrieden von Brest-Litovsk, und vor allem mit dem Eingreifen der amerikanischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz eine Entwicklung einsetzte, die zum militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches führte. Nun diktierten die Siegermächte die Friedensbedingungen.

Auf der Pariser Friedenskonferenz Anfang 1919 stand die Eingliederung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatsverband außer Frage. Parallel zu dieser Konferenz kamen am 3. Februar 1919 die Sozialisten in Bern zu einem Weltkongreß zusammen, um ein Friedensprogramm auszuarbeiten und die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz zu beeinflussen⁶⁰. Die Elsaß-Lothringen-Frage wurde ebenfalls erörtert und entwickelte sich vornehmlich bei französischen Sozialisten zu einem schwerwiegenden Vorwurf gegen die MSPD, die wie die USPD

⁵⁵ BA, R 45, I/3, Protokoll der Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei vom 23. 9. 1917, Fol. 179.

⁵⁶ Ebd., Fol. 188.

⁵⁷ Ebd., Fol. 188 f.

⁵⁸ Ebd., Fol. 189.

⁵⁹ Ebd., Fol. 191.

⁶⁰ Siehe R. F. Wheeler, *The Independent Social Democratic Party and the Internationals, An Examination of Socialist Internationalism in Germany, 1915 to 1923*, Phil. Diss. Pittsburgh, 1971, S. 158 ff.; vgl. Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963, S. 168 ff.

mit einer Delegation in Bern vertreten war. In ihren Reden kritisierten Renaudel und Milhaud das Verhalten der MSPD in Stockholm, für Elsaß-Lothringen ein Plebiszit abgelehnt und damit der Bevölkerung eine eigene Entscheidung verweigert zu haben⁶¹. In den Reihen der französischen Delegation waren auch warnende Stimmen nicht zu überhören. So unterstrich Mistral die territoriale Bedeutung Elsaß-Lothringens für das französisch-deutsche Verhältnis und folgerte: „Man hüte sich daher ganz besonders davor, daß man heute beim Abschluß dieses Krieges in den gleichen Fehler verfällt. Wenn die elsäß-lothringische Frage heute umgekehrt würde, so würde eine neue Irredenta geschaffen werden und mit Sicherheit ein neuer Krieg ausbrechen.“⁶² Das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts hatte bei den Sozialisten in der Idee des Völkerbundes ein für alle Nationen gültiges und immerwährendes Korrektiv gefunden, das unabhängig von Regierungen Lebensfragen der Völker im Sinne der sozialistischen Internationale behandeln sollte.

⁶¹ „Offizielles Bulletin der Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz“, Nr. 2 vom 5. 2. 1919 u. Nr. 5 vom 8. 2. 1919, AAB, Congrès de Stockholm, Nr. 10813; seit Mitte Oktober 1918 hatte die MSPD das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen akzeptiert. Zu diesem Zeitpunkt war bei den elsässischen Sozialisten eine Abkehr vom Plebiszit festzustellen. In Bern schließlich erklärten sich die MSPD-Vertreter bereit, Elsaß-Lothringen im Rahmen der französischen Republik das Selbstbestimmungsrecht zuzubilligen. Vgl. H. D. Soell, a. a. O., S. 211 f.

⁶² „Offizielles Bulletin . . .“, Nr. 6 vom 10. 2. 1919.